

6. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

6. Mai 1953

24/J

A n f r a g e

der Abg. Dr. K o r e f, V o i t h o f e r, K n e c h t e l s d o r f e r, D r a x l e r, P r e u ß l e r und Genossen
an den Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten,
betreffend Abschaffung des Visumzwanges im Reiseverkehr mit der Westdeutschen Republik.

-.-.-.-

Einer Presseverlautbarung ist zu entnehmen, daß der Staatssekretär im Innenministerium der Westdeutschen Republik im Bundestag die Erklärung abgegeben habe, daß am 1. Juli 1953 die Einreisevisa für die Angehörigen der Organisation für europäische Wirtschaftszusammenarbeit (OEEC) abgeschafft werden sollen, wenn die Staaten ihrerseits den Staatsbürgern der Westdeutschen Republik die gleiche Befreiung vom Visumzwang gewähren.

Es wäre für den österreichischen Reiseverkehr von außerordentlich großer Bedeutung, wenn die hindernden Visaformalitäten auch im Reiseverkehr mit der Westdeutschen Republik beseitigt würden, wie dies zwischen Österreich und anderen Staaten bereits der Fall ist.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten die nachstehende

A n f r a g e:

Ist der Herr Bundesminister bereit, namens der österreichischen Bundesregierung zu erklären, daß sie bereit ist, auf die Visa für die Einreise von Staatsbürgern aus der Westdeutschen Republik zu verzichten, sofern den österreichischen Staatsbürgern die visafreie Einreise in die Westdeutsche Republik zugestanden wird?

-.-.-.-.-.-.-